

ES REICHT JETZT! FREIHEIT!

Das Prager Kollektiv und das «Drets», das Koordinierungskomitee der katalanischen Juristen, Juristen für Menschenrechte und «Verbände der Bediensteten», analysierten die beiden gestern vom Ermittlungsrichter des Obersten Gerichtshofs erlassenen Urteile. Dazu zählen 25 politische und zivilgesellschaftliche Führer, bedingungsloser Gefängnisarrest für fünf Parlamentarier, die noch den Status von Mitgliedern des Parlaments von Katalonien inne haben, einschließlich des Kandidaten für die Präsidentschaft der Generalitat.

WIR ERHEBEN EINSPRUCH GEGEN beide Gerichtsentscheidungen aus folgenden Gründen:

Erstens, katalanische sowie spanische Rechtskreise haben wiederholt erklärt, dass es keine Rebellion gab, da nie Gewalt angewendet oder zu ihr aufgerufen wurde..

Zweitens, die Unterschlagung öffentlicher Mittel sind hypothetische Annahmen und bis dato von keiner Prüfinstanz für öffentliche Mittel bestätigt.

Drittens, sind die verhängten Gefängnisstrafen in Untersuchungshaft angesichts des Mangels an Beweisen für Anzeichen von Straftaten unangemessen, unverhältnismäßig und grausam.

Viertens, ist auch keine der anderen Voraussetzungen für die Entscheidung über die vorläufige Inhaftierung erfüllt. Sämtliche Handlungen der Gefangenen, müssen immer einzeln beurteilt werden. Sei zeigen auch, dass nie eine Gefahr der Flucht, der kriminellen Wiederholung oder der Vernichtung von Beweisen bestand.

Fünftens, kollidieren die Überlegungen zur Ideologie der Angeklagten frontal mit den Grundrechten der ideologischen Freiheit und der politischen Partizipation.

WIR ERINNERN AUCH DARAN, dass alle Maßnahmen des spanischen Staates, die darauf abzielen, die Mitglieder des Parlaments von der legitimen Ausübung ihrer Funktionen abzuhalten und als Präsident der Generalitat zu agieren, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 und andere universelle demokratische Normen und Prinzipien verletzen. Aus diesem Grund hat der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen vor kurzem eine Vorsichtsmaßnahme erlassen, in der der spanische Staat aufgefordert wird, die politischen Rechte des damaligen Parlamentsabgeordneten Jordi Sánchez zu respektieren.

WIR FORDERN DAHER DEMENTSPRECHEND, DASS DIE INSTITUTIONEN DES SPANISCHEN STAATES DIE DRINGENDE ENTSCHEIDUNG TREFFEN UND ENDLICH ALLE POLITISCHEN UND SOZIALEN VERTRETER FREI LASSEN, DIE INSTITUTIONEN UND DIE BEVÖLKERUNG KATALONIENS VERTRETEN.